

Senioren lehnen Gesetz rundweg ab

REGIERUNGSENTWURF Die mittelfränkischen Sprecher fordern vernünftige Mitwirkung.

FÜRTH - In ihrer Jahrestagung hat die mittelfränkische Bezirksgruppe der Landesseniorenvertretung Bayern (LSVB) den Entwurf der Staatsregierung für ein bayerisches Seniorenmitwirkungsgesetz abgelehnt. Die Seniorenräte fordern inhaltliche Nachbesserungen.

Dieser Protest geht auf einen Antrag des Seniorenrates der Stadt Langenzenn (Landkreis Fürth) zurück. Diese Gruppierung unter Vorsitz von Hans Klinner hatte ein Anhörungsrecht in allen die älteren Menschen betreffenden Angelegenheiten gefordert, zudem das Recht auf Anträge an Gemeinderäte, auf Rederecht in Sitzungen, auf Fortbildung und eine vernünftige finanzielle Ausstattung.

Weit über 30 Prozent der Bevölkerung sind betroffen, sie verdienen es, ernst genommen zu werden, so Klinner. Der Gesetzentwurf von CSU und Freien Wählern komme den „Wünschen und Vorstellungen in keinsten Weise nach“. Es sei auch eine Benachteiligung des ländlichen Raums. In der LSBV konnten sich bislang immerhin alle Seniorenräte beteiligen und mitbestimmen.



Foto: privat

Übt Kritik: Thomas Thill.

Nur zwei der 23 Delegierten aus den Seniorenräten in ganz Mittelfranken gaben in der Bezirksversammlung in Fürth Gegenstimmen zur Kritik am Regierungsentwurf ab. Dies teilte Thomas Thill aus Gunzenhausen, der 1. Sprecher der Bezirksgruppe Mittelfranken, unserer Redaktion mit.

Der Entwurf des Seniorenmitwirkungsgesetzes soll zum 1. Januar 2023 in Kraft treten. Nach einer ausführlichen Erläuterung des Entwurfes durch das LSBV-Landesvorstandsmitglied Bernd Fischer haben die mittelfränkischen Seniorenvertreter in einer breiten Aussprache die Vorlage äußerst kritisch bewertet. Dabei wurde in Frage gestellt, ob das Gesetz in

der jetzigen Form überhaupt umsetzbar ist – so zum Beispiel die Wahl eines Landesvorstandes bei der Zahl von über 4500 Delegierten, ohne dass im Entwurf weitere Strukturen festgelegt würden.

Als weiteres Manko gelten die fehlenden Regularien für die Arbeit der Seniorenräte auf örtlicher wie auf Landkreis- und auf Bezirks-Ebene. Hier hatte man sich eine echte Verbesserung des Status Quo erwartet.

Darüber hinaus haben es die Delegierten nicht als Fortschritt gewertet, dass die bisherigen guten und bewährten Arbeitsstrukturen der Landesseniorenvertretung mit Inkrafttreten des neuen Gesetzes komplett zerschlagen und aufgelöst werden sollen, wie es hieß.

Für die weitere Arbeit der Landesseniorenvertretung auf mittelfränkischer Ebene haben sich die Seniorenräte insbesondere für verstärkte Netzwerk-Arbeit und mehr Austausch untereinander ausgesprochen. Solche Punkte sind in dem Entwurf des Seniorenmitwirkungsgesetzes ebenfalls nicht vorgesehen, wurde kritisiert.

HANS PETER REITZNER